



Neues soziales Wohnen

POSITIONEN ZUR IBA_WIEN 2022

IBA_Wien 2022 und future.lab (Hg.)

jovis

Gabu Heindl

Stadtfreundschaft! Über intersektionale Solidarität im sozialen Wohnbau

„Erbaut von der Gemeinde Wien in den Jahren 1928 und 1929 aus den Mitteln der Wohnbausteuer“, steht in Rot auf der Fassade des *Rabenhofs* im dritten Bezirk. Nicht nur dort: Auf allen Fassaden von Gemeindebauten der Ära des *Roten Wien* (1919–1934) verkünden große Lettern stolz eine Aufbauleistung. An diesen Aufschriften, die keineswegs „technischen“ Charakter haben, liest sich einiges für uns heute überraschend.

Etwa der implizite Hinweis auf die rasche Erreichung hochgesteckter Planungsziele, weiters der Stolz auf vorhandene Mittel (während Wien sich heute allzu oft als „mittellos“ präsentiert, weshalb dann für öffentliche Bauten die notorischen Public-Private-Partnerships als alternativlos dastehen). Markant in heutiger Sicht ist vor allem das öffentliche Anschreiben einer Steuer. Und zwar nicht irgendeiner Steuer: Die Wiener Wohnbausteuer war eine vom Bürger*innen vehement bekämpfte progressive Umverteilungssteuer: Sie bewirkte unverkennbar Verteilung von oben nach unten.

Der stolze *Gemeindebau*: Nehmen wir den Namen dieser Art Bau so buchstäblich wie seine Beschriftung. Es heißt nicht „Massenwohnbau“ (das zu Unrecht abqualifizierte, aber eigentlich wiederzugewinnende Wort Masse steht da für schablonenhaften Plattenbau); es heißt nicht „projects“, wie stigmatisierte Sozialwohnbauten in den USA genannt werden, und auch nicht „Banlieues“ – findet sich Wiener Gemeindebau doch in allen Bezirken der Stadt. Diese quasi breite Streuung – samt „Eindringen“ proletarischer Wohn-Sozietäten in vorwiegend bürgerliche Gebiete – war Teil einer hegemoniepolitischen Planungsstrategie der frühen Wiener Sozialdemokratie. Jedoch: Durch die rezente großflächige Finanzialisierung von Wohnraum und die damit einhergehende Spekulation mit Grund und Boden wurden zentrale Bauorte auch für heutigen geförderten Wohnbau rar; dieser muss verstärkt an den Stadtrand, auf nicht besonders gute Lagen ausweichen.

Eine abgeänderte, kürzere Version dieses Texts erschien unter dem Titel *Stadtfreundschaft in: Der Gemeindebau*, Falterbeilage Nr. 37a, 2019.

Nun werden ja geförderter Wohnbau und Gemeindebau in Wien unter dem Sammelnamen „Sozialer Wohnbau“ zusammengefasst. Wobei: An sich ist ja jede Beziehung von Menschen zueinander eine soziale, also ist auch jeder Raum, in dem eine solche Beziehung etabliert ist, ein sozialer Raum. Dieser Sprachlogik entsprechend gäbe es gar keinen nicht-sozialen Raum, folglich auch keinen nicht-sozialen Wohnbau. Die Bezeichnung „Sozialer Wohnbau“ steht allerdings für all denjenigen Wohnraum, der kollektiviert ist und von öffentlicher Hand unterstützt oder sogar direkt verwaltet wird. Im Begriff „Sozialer Wohnbau“ steckt fast notwendig die implizite Vermutung, dass es ja auch einen nicht-, vielmehr: unsozialen Wohnbau gibt, einen, der gegen die Interessen Bedürftiger gerichtet ist, einen, der nicht für alle in der Gesellschaft da ist – einen, der nachgerade asozial ist, weil er die Gesellschaft schädigt. Im Wiener Kontext würde hierunter wohl der Sektor des privaten profit-optimierenden Wohnungsneubaus fallen, dessen Mieten innerhalb von acht Jahren um 43 % gestiegen sind (vgl. Tockner 2017). Paradoxiertweise sind nun aber genau diejenigen Menschen auf diesen „asozialen“ Wohnbau angewiesen, die nicht ausreichend Eigenmittel – finanziell oder im Sinn von Wissenskapital, sprich: Kenntnisse und Informiertheit in Sachen Förderungs-lage – für den Eintritt in den geförderten Wohnbau haben und zugleich auch aufgrund der Ausschlusskriterien – wie etwa aufgrund des *Wien-Bonus* – keinen Anspruch auf ein *Wiener Wohn-Ticket* haben, also auch nicht auf eine Gemeindebauwohnung. Das bedeutet, dass wir im Umkehrschluss ja eigentlich gerade das *Soziale* am sozialen Wohnbau nicht durchgängig als gegeben voraussetzen können, sondern es in Frage stellen müssen. Im Englischen

ist *Social Housing* ein ebenfalls historisch stark besetzter Begriff – und somit wichtig für die aktuelle Debatte. In London etwa steht *Social Housing* für ein vergangenes Programm von kommunalem Wohnbau, das seit den 1970er Jahren stark ausgehöhlt wurde und für dessen Wiedergewinnung sich viele NGOs und Aktivist*innen heute einsetzen. Wir haben es hier also mit einem höchst umstrittenen „Sozialen“, einem strittigen Attribut „sozial“ zu tun.

„Wir sind nicht sozial schwach, wir sind finanziell schwach“, so formuliert die Wohnungslosenaktivistin Regina Amer im Herbst 2019 ihre Kritik an diesem „othering“: an dieser Zuschreibung, das Soziale oder die Zugehörigkeit zur Gesellschaft sei bei ihnen irgendwie mangelhaft ausgeprägt, einer Zuschreibung gegenüber Menschen – vielfach Frauen – ohne Wohnung und an allen, die wenig verdienen, die in Armut leben, oft trotz Arbeit *working poor* sind und heute immer öfter der wachsenden Gruppe derer angehören, für die der Begriff *housing poor* beschreibt, wie sie aufgrund der übersteuerten Wohnungen zunehmend eben finanziell schwach werden. Aber: Menschen, die unter für sie unleistbaren Zuständen monatlich die Bezahlung ihrer Wohnkosten stemmen, die ihre Prekarität durchstehen können, sind zwar finanziell schwach, aber sozial jedenfalls stark.

Wenden wir uns also nochmal der Bezeichnung „Gemeindebau“ zu, von der ich glaube, dass sie einiges an Sinn enthält, dem es wert ist, nachzugehen. Legt uns der Gemeindebau doch die Frage nahe: Wer und was ist die *Gemeinde*? Umgangssprachlich heißt „die Gemeinde“ die Stadtverwaltung von Wien. Nicht zuletzt in einer paternalistischen Färbung, wie sie hier Tradition hat. Zugespitzt sieht es dann so aus: Der Gemeindebau gehört der Verwaltung, und die lässt Menschen drin wohnen. Vielmehr: nur diejenigen, die im etwas exklusiven Kreis der Wiener*innen eingemeindet sind; die also, wie es der *Wien-Bonus* klarstellt, mindestens zwei Jahre an derselben Wiener Adresse gemeldet sind. Ein dauerhafter Wohnsitz von bis zu 15 Jahren hilft, vorgereicht zu werden – eine Hürde für jene, die neu sind auf dem Wohnungsmarkt mit seinen 70 % befristeter Mietverträge. (Eine ähnlich rassistische „Hiesige zuerst“-Ausschlusspolitik hat die österreichische Bundesregierung 2019 im gesamten Land durchgesetzt.)

Vergleichbare Ausschlusskriterien gab es schon im historischen *Roten Wien*. Und seit damals spießen sich solche Verengungen mit dem universalistischen, gleichheitlichen Projekt, das in den Resten der kollektivistischen „Utopie Gemeindebau“ immer noch anklingt. Dass der Gemeindebau etwas Kollektives ist, liegt auf der Hand. Darum ist eine in Privateigentum verkaufte Gemeindeförderung keine solche mehr, und eine verkaufte geförderte Wohnung ist nicht mehr Teil des sozialen Wohnbaus. Im Sinn der Gemeinde als Verkörperung von Gemeinwohl ist Wohnen ein öffentliches Interesse, kein Vorsorgeprodukt für die private hohe Kante. Vorsorge und damit Zukunftsorientierung für viele zu bieten, ist allerdings Sache der Gemeindeförderung: Sie gewährleistet Sicherheit – unbefristet, mit gedeckelten Mieten, mit Weitergabe-Empfehlungsrecht und – weil die Last des Eigentums entfällt – Freiheit für Entscheidungen, etwa für einen Lebensabschnittswechsel, Wohnorts- oder Wohnformwechsel. Falls das bekannt klingen sollte, das ist keine Utopie, sondern war die Idee des Gemeindebaus.

Die imposante Zahl, Größe und Form der Wiener Gemeindebauten führt stets vor Augen, dass ein auch utopisch inspiriertes Projekt hier auf seine entschlossene Realisierung hin verfolgt wurde. Realisierung (mit Abstrichen) nicht zuletzt eines Bekenntnisses zu Urbanität, zur Stadt als damals (wie heute) „rote Insel“ in einem strukturell konservativen Land.

Geplant, realisiert, gebaut wurde im *Roten Wien* „für das Proletariat“. Auch dieses Verständnis eines Adressaten und eines Subjekts der Gemeinde(bau)politik ist von dem genannten Spannungsverhältnis charakterisiert: Die Gemeinde, verstanden als „die Partei“, beansprucht zu wissen, wer das Proletariat ist, heute: wer „die Wiener*innen“ sind; sie formt, organisiert – und schließt aus. Einem vor hundert Jahren zwar umstrittenen, aber doch definierbaren „Sozialkörper“ des (Industrie-)Proletariats, für das die Gemeinde einen Vertretungsanspruch übernahm, steht heute ein Quasi-Proletariat gegenüber, das sich als Gemeinde vor allem in deren ständiger Neuöffnung und Neugliederung charakterisiert. Da stellt sich also ständig die Frage, wer dazugehört. Eine wichtige politische Forderung

in dieser Hinsicht, und zwar beim Wohnen wie auch beim Wählen, ist verdichtet in dem Slogan „Alle, die hier sind, sind von hier“. Das heißt: Alle in Wien Lebenden haben neben gleichen Pflichten auch die gleichen Rechte, ungeachtet ihrer Herkunft oder Papiere.

Nehmen wir den Namen dieser Art Bau so buchstäblich wie seine Beschriftung. Es heißt nicht „Massenwohnbau“ (das zu Unrecht abqualifizierte, aber eigentlich wiederzugewinnende Wort Masse steht da für schablonenhaften Plattenbau); es heißt nicht „projects“, wie stigmatisierte Sozialwohnbauten in den USA genannt werden, und auch nicht „Banlieues“ – findet sich Wiener Gemeindebau doch in allen Bezirken der Stadt.

Wenn wir das Proletariat weniger über organisierte Fabriksarbeit verstehen als darüber, wer in der Gesellschaft besitzlos, ohne Rechte und im Alltag als Gruppe vulnerabel ist, dann umfasst dieser alte Begriff heute eine vielfältige Gemeinde. Das reicht vom Prekariat und einer abstiegsgefährdeten Mittelschicht über die *Working Poor* (vielfach Frauen in schlecht bezahlter Reproduktionsarbeit), Alleinerziehende, Menschen mit Migrationserfahrung, Menschen, die diskriminiert werden, sei es rassistisch, heterosexistisch oder als Behinderte. (Und gleich dazugesagt: Niemand soll aus sozialem Wohnbau ausziehen müssen, wenn er oder sie zeitweise nicht zu den „Armen“ zählt.) Statt mit einer klassischen parteisozialistischen Durchstrukturierung quasi „von der *Internationale* bis zur Bezirks-Sektion“ haben wir es heute mit einer *Intersektionale* zu tun: mit Überschneidungen des Betroffenseins von Marginalisierungserfahrungen – und mit Verhältnissen zwischen den von verschiedenen Marginalisierungserfahrungen Betroffenen. Vor dem Hintergrund solcher Konflikt- und Bündnismöglichkeiten stellt sich das Problem der Gemeinde in einem nachdrücklichen Sinn, von der lokal-globalen Ebene des Kommunalen bis hin zu Commons als Gemein-Eigentum in Selbstverwaltung.

Bleibt die gewichtige Frage: Was ist der Bau der Gemeinde der Zukunft? Hat der Gemeindebau künftig statt Waschküchen Solarkraftwerke im Zentrum? Wird er, rundum begrünt, in Turmform in die Höhe wachsen, wie es schon frühe kommunistische Kunstwerke und sozialdemokratische Filme imaginierten? Das Bauen der Zukunft muss die ökologische und die soziale Frage verbinden. Solche Visionen wollen ganz materialistisch angegangen sein. Zum einen über

Im Begriff „Sozialer Wohnbau“ steckt fast notwendig die implizite Vermutung, dass es ja auch einen nicht-, vielmehr: unsozialen Wohnbau gibt, einen, der gegen die Interessen Bedürftiger gerichtet ist, einen, der nicht für alle in der Gesellschaft da ist – einen, der nachgerade asozial ist, weil er die Gesellschaft schädigt.

das Material: Für den Gemeindebau der Zukunft wird Boden nicht mehr unnötig versiegelt oder neu erschlossen, kein Sand, der knapp ist, für Stahlbeton, kein Holz, das anderswo gebraucht wird, kein Styrodur mit seiner Zukunfts-Schrotthypothek mehr verbaut, solange in der Stadt ungenutzter Wohnraum vorhanden und Wohnqualität so eklatant ungerecht verteilt ist. Genau genommen wird ein Großteil des Gemeindebaus der Zukunft *gar nicht gebaut*: Anstelle von Neubau wird es um Umwandlung gehen.

Und da zeigt sich in materialistischer Sicht das Umbauen der Bauten (und der Gemeinde, der Gesellschaft) als eine Sache sozialer und politischer Prozesse, die auch Konflikte sind – und nicht nur als „Planungsutopie“. Schlicht gesagt: Der Gemeindebau der Zukunft sind die Umbauten all der Spekulationsgebäude, die vergemeinschaftet und zum Gemeindebau umfunktionalisiert werden, es ist der kollektive Umbau von nicht genutztem Privateigentum zu kommunal verwaltetem und genutztem Gemeingut.

Wenn aber schon Neubau, dann soll er anstelle neoliberaler Profitmaschinen oder Luxus-Macht-Architekturen für die *Happy Few* eher die *Macht der Vielen* materialisieren. Wir würden ganz anders über stolze hohe Häuser diskutieren, wenn mit ihnen eigentlich der Gemeindebau der Zukunft angesprochen wäre. Der Gemeindebau der Zukunft liegt in all den guten Lagen, die heute aufgrund von Grundstückspreisspekulation dem Privatwohnbau vorbehalten sind. Er bietet den verschiedensten Wohn- und Arbeitsformen Platz: ob anonymes, fremdverwaltetes oder selbstverwaltetes, kollektives Wohnen, Co-Housing, schlüsselfertig oder offen für Selbstbau. Er wird auch Raumpolster beinhalten, frei programmierbare Räume für zukünftige Tätigkeiten, deren Raumbedarf und Raumwünsche wir noch nicht kennen. Gemeindebau für die Vielen – für die *Intersektionale* – ist keine Frage von Typologien oder Turmhöhen, er kann auch niedrig sein, aber eines *muss* er sein, nämlich in Hinblick auf rassistische, geschlechts- und klassenbezogene Machtverhältnisse: solidarisch.

Der Gemeindebau der Zukunft liegt in all den guten Lagen, die heute aufgrund von Grundstückspreisspekulation dem Privatwohnbau vorbehalten sind. Er bietet den verschiedensten Wohn- und Arbeitsformen Platz: ob anonymes, fremdverwaltetes oder selbstverwaltetes, kollektives Wohnen, Co-Housing, schlüsselfertig oder offen für Selbstbau.

Literatur

Tockner, Lukas (2017): Mieten in Österreich und Wien, 2008 bis 2016. Wien: AK Wien, https://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Mieten_in_Oesterreich_und_Wien_2008_bis_2016.pdf (Abgerufen: Dezember 2019)

